



Schon als das Landes-Behindertengleichstellungsgesetz (L-BGG) im April 2005 verabschiedet wurde, stand die Notwendigkeit einer Novellierung fest. Wesentliche, von Behindertenverbänden geforderten Punkte, waren in diesem Gesetz nicht berücksichtigt oder als „Kann“-Bestimmungen verharmlost und durch zu viele Ausnahmeregelungen tatsächlich im Alltag nahezu wirkungslos geworden.

So gilt beispielsweise der barrierefreie Internetzugang oder die barrierefreie Antragstellung nur für Landesbehörden, während (ebenfalls im Jahr 2005) nahezu alle relevanten Dinge in die Verantwortung der Kreisbehörden übergangen, die dem L-BGG nicht verpflichtet sind. Die Stelle der/des Landesbehindertenbeauftragten und deren/dessen Aufgaben sind nur sehr vage und nicht besonders aussagekräftig und griffig formuliert - Kreis- und kommunale Behindertenbeauftragte sind überhaupt nicht erwähnt.

Am Tag der Menschen mit Behinderungen im Landtag in Stuttgart am 14. Juni 2007 wurde das L-BGG zum wiederholten Mal kritisiert und Änderungsvorschläge eingebracht. Im Herbst 2007 und Januar 2008 forderte die SPD die dringende Novellierung des L-BGG. Bisher waren allerdings sämtliche Bemühungen ohne Erfolg !

Zum 16. Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung - gegen Diskriminierungen und Benachteiligungen am 5. Mai 2009

fordern wir die schnellstmögliche Novellierung des L-BGG Baden-Württemberg und die uneingeschränkte Übernahme des Forderungskatalogs der Behindertenverbände.

Vor allem aber fordern wir die Änderung des L-BGG Baden-Württemberg bezüglich einer genaueren Beschreibung zum Landesbehindertenbeauftragten und die Aufnahme von Kreis- und Kommunalbehindertenbeauftragten.

Dabei sind folgende Punkte zu beachten:

- Die Behindertenbeauftragten auf Landes-, Kreis-, und Kommunalebene sollen unter Beteiligung der Behindertenverbände benannt werden. Auf kommunaler Ebene ab 20.000 Einwohnern.
- Sie sollen hauptamtlich tätig und unabhängig sein.
- Sie sollen über eine angemessene Infrastruktur (Büro, MitarbeiterInnen, Arbeitsbudget) verfügen können.
- Sie sollen im Kreis direkt beim Landrat und in der Kommune beim Hauptamt angesiedelt sein.
- Sie sind innerhalb der Landes-, der Kreis- und der kommunalen Regierung bei allen grundsätzlichen Fragen, die die Belange von behinderten Menschen betreffen, rechtzeitig zu beteiligen. Die entsprechenden Behörden haben die Behindertenbeauftragten bei der Wahrnehmung der Aufgaben zu unterstützen. Sie haben insbesondere Auskünfte zu erteilen und Akteneinsicht zu gewähren.
- Die Verpflichtung zur Erstellung einer klaren Beschreibung über Aufgaben, Ziele, Umsetzung und Berichterstattung usw. für alle Landes-, Kreis-, und kommunale Behindertenbeauftragte mit Mitwirkung der Landes-, Kreis- und örtlichen Behindertenverbänden und -gruppen.

Mit der beiliegenden Unterschriftenliste bitten wir um Unterstützung der genannten Forderungen. Die Ergebnisse werden dem Landtag in Baden-Württemberg am 16. Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen am 5. Mai 2009 übergeben.



Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die beiliegenden Forderungen zur Änderung des Landes-Behindertengleichstellungsgesetzes Baden Württemberg, insbesondere die Forderung nach Behindertenbeauftragten auf den Landes-, Kreis und kommunalen Ebenen.

	Name	Adresse	Unterschrift
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			
7.			
8.			
9.			
10			

**Bitte sende diese ausgefüllte Unterschriftenliste bis spätestens 15. April 2009 zurück an:
Stephan Lorent, Behindertenbeauftragter von Die Linke. Baden-Württemberg, Mömpelgarderweg 4, 72072
Tübingen**